

Gemeinsame Pressemitteilung

Orte der Demokratie: Demokratische Erfahrungsräume stärken und dauerhaft verankern

Gemeinsames Forschungsprojekt der Frankfurt UAS und des PRIF erfolgreich abgeschlossen

Frankfurt am Main, 31. August 2026. Begegnungsorte wie Jugendzentren, Bibliotheken, Nachbarschaftsprojekte, Vereine oder Stadtteilzentren spielen eine zentrale Rolle für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Teilhabe. Wie solche Orte gestaltet sein müssen, vor welchen Herausforderungen sie stehen und welche politischen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um demokratische Begegnungen und Partizipation zu ermöglichen, hat das Forschungsprojekt „Orte der Demokratie“ untersucht. Nun liegt der Abschlussbericht des interdisziplinären Forschungsnetzwerks der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS) und des PRIF – Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung vor. Das Projekt hat die Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Erfahrungsräume in lokalen Kontexten untersucht. Die Forscher*innen empfehlen, Demokratiearbeit als Regelaufgabe zu verstehen und langfristig zu fördern. Zugleich betonen sie, dass bestehende Demokratieprojekte, die Wissen zur Verfügung stellen und Vernetzungsarbeit leisten, nicht eingespart werden dürfen. Das Projekt wurde durch das Programm „Stärkung der Demokratieforschung Hessen“ des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur gefördert.

Wissenschaftsminister Timon Gremmels betont: „Eine lebendige Demokratie braucht Orte, an denen Menschen zusammenkommen und erleben, dass ihre Stimme zählt. Demokratieforschung untersucht, was unsere Demokratie im Alltag stärkt, wo Herausforderungen liegen und welche Rahmenbedingungen es braucht, damit demokratische Teilhabe gelingen kann. Das Forschungsprogramm ‚Stärkung der Demokratieforschung Hessen‘ schafft dafür wichtige wissenschaftliche Grundlagen und bringt Forschung und Praxis zusammen. Die Ergebnisse von ‚Orte der Demokratie‘ zeigen eindrucksvoll, wie wichtig verlässliche Strukturen und Räume für demokratische Erfahrungen sind. Damit liefert die Forschung konkrete Impulse für Politik und Gesellschaft und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.“

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Beobachtung, dass Demokratie nicht allein als Staats- oder Regierungsform verstanden werden kann. „Demokratie entsteht vielmehr dort, wo Menschen im Alltag zusammenkommen, Interessen aushandeln, Entscheidungen treffen und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit machen. Solche Prozesse finden an konkreten Orten statt, geraten jedoch zunehmend unter Druck“, so Prof. Dr. Dr. Maximilian Pichl, Professor für Recht der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Demokratie, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit an der Frankfurt UAS.

„Die Studie zeigt, dass demokratische Teilhabe eng mit sozialer Infrastruktur verbunden ist. Orte der Begegnung und Mitbestimmung entstehen nicht von selbst, sondern benötigen verlässliche finanzielle und personelle Rahmenbedingungen. Demokratiearbeit sollte deshalb als gesellschaftliche Daueraufgabe verstanden und nachhaltig in den Regelstrukturen von Bildung, Sozialer Arbeit und kommunaler Infrastruktur verankert werden“, so Dr. Larissa-Diana Fuhrmann, assoziierte Forscherin am PRIF.

Strukturelle Herausforderungen im Fokus

Für die Untersuchung führte das Forschungsteam eine multimethodische Studie mit Schwerpunkt auf Hessen und das Rhein-Main-Gebiet durch. Im Mittelpunkt standen Fokusgruppengespräche und Expert*inneninterviews mit Fachleuten aus Verbänden, Vereinen, Wissenschaft, Politischer Bildung und Demokratieförderung. Ergänzend fanden Gespräche mit Praktiker*innen aus der Sozialen Arbeit und zivilgesellschaftlichen Projekten statt, darunter das Haus für Demokratie und Vielfalt Hanau, das Offene Haus der Kulturen Frankfurt, der Gallusgarten sowie Jugendzentren in Frankfurt am Main. Die Forschungsergebnisse wurden zudem im Rahmen eines öffentlichen Fachtags diskutiert und weiterentwickelt.

Begleitend zum Forschungsprojekt wurde an der Frankfurt UAS ein Seminar im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit durchgeführt, damit Lehre und Forschung wechselseitig profitieren. Studierende beschäftigten sich darin mit den theoretischen Grundlagen des Projekts und untersuchten selbst Orte der Demokratie im Rhein-Main-Gebiet.

Sichere Finanzierung und dauerhafte Etablierung erforderlich

„Die Untersuchung macht deutlich, dass vor Ort ein großes Potenzial für demokratische Erfahrungen besteht. Gleichzeitig machen unsere Gespräche erhebliche strukturelle Herausforderungen sichtbar. Viele Projekte arbeiten unter prekären Finanzierungsbedingungen, sind von befristeten Förderprogrammen abhängig und verfügen nicht über die Ressourcen, langfristige demokratische Orte und Beziehungen aufzubauen“, sagt Dr. habil. Daniel Mullis, assoziierter Forscher am PRIF. Besonders hervorzuheben ist die Bedeutung dauerhaft verfügbarer Räume der Begegnung sowie professioneller fachlicher Begleitung, um demokratische Beteiligungsprozesse zu ermöglichen und Machtungleichgewichte auszugleichen.

Ein zentrales Ergebnis des Projekts ist die Forderung, Demokratiearbeit stärker als gesellschaftliche Daueraufgabe zu verstehen. „Ein eigenes hessisches Demokratiefördergesetz ist dafür unerlässlich“, so Prof. Dr. Dr. Maximilian Pichl von der Frankfurt UAS. Die Forschenden plädieren dafür, demokratische Bildungs- und Beteiligungsarbeit nicht ausschließlich über zeitlich begrenzte Projekte



zu organisieren, sondern sie dauerhaft in die Regelstrukturen von Sozialer Arbeit, Bildung und kommunaler Infrastruktur einzubinden und gleichzeitig bestehende Demokratieprojekte mit diesen Strukturen zu verzahnen. Darüber hinaus empfehlen sie, konkrete Orte der Demokratie langfristig zu fördern, demokratische Mitbestimmung zu stärken und Demokratiearbeit enger mit sozialpolitischen Ansätzen zu verknüpfen. Die Ergebnisse liefern wichtige Impulse für Wissenschaft, Politik und Praxis, um demokratische Orte langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln.

Der Abschlussbericht von „Orte der Demokratie“ steht unter
[Orte_der_Demokratie_Bericht_August_2026.pdf](#) zum Download bereit.

Kontakt:

Frankfurt University of Applied Sciences, Fachbereich 4: Soziale Arbeit und Gesundheit,
Professor Dr. Dr. Maximilian Pichl, Telefon: +49 69 1533-2831, E-Mail: maximilian.pichl@fra-uas.de

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Dr. Ursula Grünenwald, Referentin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: +49 69 959104-13, E-Mail: presse@prif.org

6.486 Zeichen mit Leerzeichen

082/26

Das Leibniz Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF):

Das PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung ist eines der führenden Friedensforschungsinstitute in Europa. Es wurde 1970 als eine vom Land Hessen und Bund geförderte Stiftung öffentlichen Rechts gegründet. Ziel des Instituts ist es, die Ursachen internationaler und innerstaatlicher Konflikte zu analysieren und Lösungen zu entwickeln. Das Institut ist in zahlreichen nationalen und internationalen Forschungsverbünden aktiv. Seit 2009 ist das PRIF Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Das PRIF verbindet interdisziplinäre Grundlagenforschung mit dem Transfer von Wissen in Politik, Medien und Gesellschaft.

<https://www.prif.org/> | Blog: <http://blog.prif.org/>

Die Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS):

Mit rund 14.500 Studierenden und 1.000 Lehrenden, Forschenden und Mitarbeitenden im Herzen von Frankfurt am Main ist die Frankfurt University of Applied Sciences eine der größten Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) in Deutschland. Durch Partnerschaften mit weltweit rund 200 Hochschulen ist die Frankfurt UAS in einer globalen Bildungswelt gut vernetzt. Vier Fachbereiche bieten 72 Studiengänge mit technischer, wirtschaftlich-rechtlicher und sozialer Ausrichtung an. Das Selbstverständnis der Hochschule ist es, Studierende auf ihrem Weg zu verantwortungsvollen Zukunftsgestalter*innen zu fördern. Sie richtet ihr Tun konsequent an ihren strategischen Leitplanken Praxisnähe, Interdisziplinarität, Internationalität, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und gesellschaftliche Verantwortung aus. Durch exzellente Lehre und Forschung bringt sie Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in der Region und darüber hinaus entscheidend voran. www.frankfurt-university.de

Seit 2024 trägt die Hochschule den Titel „U!REKA European University“. Das internationale Hochschulnetzwerk U!REKA wird von der EU-Kommission gefördert. www.ureka.de

